



**Stellungnahme  
der Stadt Dingelstädt**  
zum  
**mündlichen Anhörungsverfahren in öffentlicher  
Sitzung**  
des Innen- und Kommunalausschusses  
vom 10.11.2023  
(TOP 1)

# **Entwurf des Thüringer Gesetzes zur freiwilligen Neugliederung kreisangehöriger Gemeinden im Jahr 2024, zur Anpassung gerichtsorganisatorischer Vorschriften und zur Änderung des Thüringer Gesetzes zur Förderung freiwilliger Gemeindeneugliederungen (DS 7/8231)**

## **Hier: Änderungsantrag der CDU-Fraktion**

Sehr geehrter Herr Ausschussvorsitzender Bilay,  
sehr geehrte Damen und Herren Mitglieder des Innen- und Kommunalausschusses,

im Rahmen der heutigen Anhörung zum Gesetzentwurf des Gemeindeneugliederungsgesetzes 2024 nimmt die Stadt Dingelstädt wie folgt Stellung:

Mit der Auflösung der Gemeinde Rodeberg und dem Beitritt des Ortsteiles Struth zur Stadt Dingelstädt sowie des Ortsteiles Eigenrieden zur Stadt Mühlhausen, geht auch der Abwassereigenbetrieb auf die Stadt Dingelstädt als Rechtsnachfolger über.

Eine Veränderung der räumlichen Zuständigkeit eines Zweckverbandes ist kein Automatismus, welcher durch eine Gemeindeauflösung eintritt.

Grundlage für eine solche strukturelle Anpassung ist unter anderem die Zustimmung der Zweckverbandsversammlung der aufnehmenden Abwasserzweckverbände.

Voraussetzung für die Aufnahme neuer Gemeinden oder eines Teils davon in den WAZ - Obereichsfeld und AZV Mühlhausen, waren bisher Strukturkonzepte, welche einen Nachteilsausgleich (keinen Schuldenerlass) beinhalteten.

In diesen Strukturkonzepten wurden die Auswirkungen von Verbandszusammenschlüssen oder Gemeindebeitritten wirtschaftlich bewertet und eine erforderliche Strukturhilfe für eine Gleichstellung beider Parteien über einen Zeitraum von 10 Jahren ermittelt.

Sollte keine Aufnahme des Abwassereigenbetriebes Rodeberg in die zuvor genannten Zweckverbände erfolgen, entsteht für die Stadt Dingelstädt ein untragbarer finanzieller Zustand, ein sogenannter finanzieller und struktureller Härtefall.

Um diesen abzuwenden, sollte der Abwassereigenbetrieb Rodeberg in die Zweckverbände WAZ Obereichsfeld und AZV Mühlhausen überführt werden.

Der finanzielle Härtefall für die Stadt Dingelstädt ergibt sich aus folgenden Faktoren:

- Übernahme von ca. 1,5 Mio. € Schulden des Eigenbetriebes
- Aufbau von Strukturen für die Führung des Eigenbetriebes in personeller Hinsicht (z.B. kaufmännisches Personal, Abrechnung, Bescheidwesen sowie technisches Personal für den Betrieb der Anlagen)

Dies führt allein durch die entstehenden Doppelstrukturen zu weiteren Kostenerhöhungen für die Aufgabe der Abwasserentsorgung und somit zu einem für die Stadt Dingelstädt finanziellen Härtefall, der die gesamte Stadt Dingelstädt in die **Haushaltssicherung** führen könnte.

Außerdem wäre die Stadt Dingelstädt für den Eigenbetrieb des Ortsteils Eigenrieden zuständig, der zukünftig dem Gemeindegebiet der Stadt Mühlhausen zugeordnet werden soll.

Hier hat das ThürGNVG 2024 offensichtlich eine Regelungslücke, da die „Überführung eines Eigenbetriebes in Verbandsstrukturen“ sich nicht unter den Wortlaut des vorliegenden Gesetzentwurfs subsumieren lässt.

Somit wird das angestrebte Ziel einer wirtschaftlicheren Verwaltung nach der Gemeindeneugliederung ab dem 01.01.2024 aus unserer Sicht verfehlt.

Aus Sicht der Stadt Dingelstädt wäre durch den Gesetzgeber ein Ausgleich zu schaffen, der die aufnehmenden Gemeinden (Stadt Mühlhausen / Thüringen und Stadt Dingelstädt) bzw. den aufnehmenden Zweckverbänden eine überdurchschnittliche finanzielle Belastung erspart.

Wir, die Stadt Dingelstädt, bittet darum bzw. beantragen deshalb bei der Legislative dem Änderungsantrag der CDU Fraktion zum Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 7/8231 zu folgen, d.h.

Der Gesetzentwurf sollte wie folgt geändert werden:

I.

*Dem Artikel 1 § 3 wird folgender Absatz 8 angefügt:*

*„(8) Die Stadt Dingelstädt erhält einen einmaligen Ausgleich für finanzielle Mehrbelastungen in Höhe von 1.577.000 Euro für die Überführung des Abwassereigenbetriebs Rodeberg in den Zweckverband Wasserversorgung und Abwasserentsorgung Obereichsfeld (WAZ Obereichsfeld) und den AZV Mühlhausen.“*

II.

*Die dafür notwendigen Finanzmittel sollen im Rahmen des Thüringer Gesetzes zur Förderung freiwilliger Gemeindeneugliederungen (ThürGFfG) zur Verfügung gestellt werden.*

Die Stadt Dingelstädt sieht hier keine Schaffung eines Präzedenzfalles, sondern vielmehr eine Einzelfallregelung, welche aus unserer Sicht im Neugliederungsgesetz nicht geregelt ist.

Weiterhin schließen wir uns vollumfänglich den Ausführungen des WAZ Obereichsfeld an.

Mit freundlichen Grüßen

Andreas Karl Fernkorn  
Bürgermeister der Stadt Dingelstädt



**STADT  
DINGELSTÄDT**

## Kontaktinformation

**Andreas Karl Fernkorn**  
Bürgermeister der  
Stadt Dingelstädt  
Geschwister-Scholl-Str. 28  
37351 Stadt Dingelstädt



**STADT**